

Antwort der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Helmut Wieczorek (Duisburg), Thea Bock, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Dr. Nils Diederich (Berlin), Karl Diller, Helmut Esters, Lothar Ibrügger, Horst Jungmann (Wittmoldt), Ernst Kastning, Walter Kolbow, Hinrich Kuessner, Rudolf Purps, Dr. Emil Schnell, Uta Titze, Hans Georg Wagner, Ernst Waltemathe, Rudi Walther (Zierenberg), Dr. Konstanze Wegner, Dieter Wiefelspütz, Dr. Peter Struck, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/2082 —

Zur Staatsverschuldung

Die Staatsverschuldung türmt sich Ende 1991 zu einem Berg von 1 500 Mrd. DM auf. Allein in dem einen Jahr 1991 sind davon rund 180 Mrd. DM – also fast 14 v. H. – als neue Schulden hinzugekommen. Noch nie hat der Staat auch nur annähernd soviel Kredit netto aufgenommen wie im letzten Jahr.

Entgegen den Darstellungsversuchen der Bundesregierung droht die jährliche Neuverschuldung sich auf dem exorbitant hohen Niveau von etwa 200 Mrd. DM zu verfestigen. So hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Bundesregierung im letzten Jahresgutachten vorgerechnet, daß der Staatssektor im Jahr 1992 den Kapitalmarkt mit reichlich 200 Mrd. DM noch in wesentlich stärkerem Maße als im letzten Jahr in Anspruch nehmen wird. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung hat nach einem Bericht der „Wirtschaftswoche“ kürzlich festgestellt, daß das Staatsdefizit gar bis 1995 nur geringfügig gegenüber 1992 absinken wird.

Zwar geht die Neuverschuldung im Bundeshaushalt 1992 auf 45 Mrd. DM zurück, dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß andere Staatsbereiche – und da vor allem die Nebenhaushalte des Bundes – gleichzeitig ihre Neuverschuldung deutlich erhöhen. So nehmen die Nebenhaushalte neue Schulden von rund 94 Mrd. DM auf, für die der Bund bürgt. Er kumuliert 1992 somit allein in seinem unmittelbaren Verantwortungsbereich eine Neuverschuldung von rund 140 Mrd. DM.

Dem Sachverständigenrat ist zuzustimmen, daß die hohe Neuverschuldung eine schwere Hypothek für die Zukunft darstellt, da Zins- und Tilgungsverpflichtungen den zukünftigen Ausgabenspielraum begrenzen. Die Zinsausgaben allein der öffentlichen Haushalte steigen 1992 auf über 100 Mrd. DM, d. h. 15 v. H. der Steuereinnahmen sind vorab bereits jetzt – bei steigender Tendenz – durch Zinsverpflichtungen

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen am 28. Februar 1992 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

gebunden. Die viel zu hohe Neuverschuldung schränkt aber nicht nur die finanzpolitische Handlungsfähigkeit des Staates zunehmend und dauerhaft ein. Sie ist auch eine entscheidende Ursache des extrem hohen Zinsniveaus, das die Finanzierung von privaten Investitionen erschwert oder gar verhindert, den Eigenheimbesitzern erhebliche Mehrbelastungen aufbürdet und vor allem auch den dringend erforderlichen Ausbau des Wohnungsbestandes in Frage stellt.

Eine nachhaltig weit überhöhte Neuverschuldung gefährdet die Staatsfinanzen, die Grundlagen der Wirtschaft und letztlich auch den sozialen Konsens. Ein solcher politischer Kurs wäre langfristig fatal, eine schnelle Korrektur mit der Zielsetzung der Aufgabenüberprüfung und des eisernten Sparens ist überfällig.

Vorbemerkungen

Die Defizitentwicklung der öffentlichen Haushalte zu Beginn der 90er Jahre ist geprägt durch die Mehrbelastungen im Zuge des deutschen Einigungsprozesses. Die Bewältigung der wirtschaftlichen Erblast der sozialistischen Kommandowirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik stellt eine einmalige finanzpolitische Herausforderung dar. Entgegen den Erwartungen vieler zeigt sich jedoch, daß die Finanzprobleme gelöst werden können. Die Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts betrug statt der häufig unterstellten 180 bis 200 Mrd. DM im Jahr 1991 nach derzeitigem Kenntnisstand lediglich etwa 126 Mrd. DM. Gemessen am Bruttosozialprodukt lag die Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts mit 4,5 v. H. nicht nur unterhalb der im Eckwertebeschluß vom November 1990 anvisierten 140 Mrd. DM oder 5 v. H. des Bruttosozialprodukts, sondern auch unter dem entsprechenden Wert von 4,9 v. H. im Jahr 1981, dem mit Ausnahme des Jahres 1975 (6,2 v. H.) höchsten Stand seit 1962.

Gleichwohl ist dies kein Anlaß zur Selbstzufriedenheit. Die Bundesregierung strebt daher bis 1995 eine Rückführung des Defizits auf etwa 2,5 v. H. des Bruttosozialprodukts an. Mit der im Finanzplan des Bundes aufgezeigten Einnahmen- und Ausgabenpolitik sind von seiten des Bundeshaushaltes die finanzpolitischen Weichen für eine konsequente Haushaltskonsolidierung gestellt. Auch die alten Bundesländer und die Kommunen müssen einen entsprechenden Beitrag leisten und das Ausgabenwachstum drastisch reduzieren.

Die Bundesregierung ist sich ihrer Gesamtverantwortung für die Stabilität der öffentlichen Finanzen bewußt. Die finanziellen Verpflichtungen, die aus den Sondervermögen sowie der Treuhandanstalt, der Bahnen und der Post resultieren, liegen für jedermann offen.

Sinkende Kapitalmarktzinsen und die Wechselkursentwicklung signalisieren das nationale und internationale Vertrauen in die Solidität und Glaubwürdigkeit der Finanzpolitik der Bundesregierung.

1. Wie hoch war nach derzeitigem Kenntnisstand der Bundesregierung die Nettokreditaufnahme 1991 des Bundes, der Länder (West und Ost getrennt), der Gemeinden (West und Ost getrennt), von ERP, Kreditabwicklungsfonds, Fonds „Deutsche Einheit“, des öffentlichen Gesamthaushalts, des Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes, der Bundesbahn, der Reichsbahn und der Bundespost sowie der Treuhandanstalt im einzelnen und insgesamt?

Wie hoch waren im Vergleich die entsprechenden Zahlen für 1990, und wie hoch schätzt die Bundesregierung die für 1992 zu erwartenden Zahlen?

Zur Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts zählen die Nettokreditaufnahmen von Bund, Ländern, Gemeinden, des ERP-Sondervermögens, des Fonds „Deutsche Einheit“ und des Kreditabwicklungsfonds.

Die Nettokreditaufnahmen der angeführten Institutionen ergeben sich nach derzeitigem Kenntnisstand aus beigefügter Übersicht (1990: Ist; 1991: Schätzung nach Teilergebnissen beziehungsweise Ist; 1992: Soll beziehungsweise Schätzung).

Schon für 1991 liegen gegenwärtig nur lückenhafte Informationen vor. Der Stand der Haushaltsplanungen 1992 namentlich der jungen Bundesländer und ihrer Gemeinden erlaubt nur eine überschlägige Einschätzung der Nettokreditaufnahmen 1992.

Die Nettokreditaufnahmen der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Bundespost sind dem Unternehmenssektor zuzurechnen. Es betragen die Nettokreditaufnahmen der

	1990	1991	1992
	– Mrd. DM –		
Deutschen Bundesbahn	3,0	4,7	6,3
Deutschen Reichsbahn	1,4	2,2	3,3
Deutschen Bundespost	5,5	10,5	19,6

Auch die Nettokreditaufnahme der Treuhandanstalt ist nicht dem öffentlichen, sondern dem Unternehmenssektor zuzurechnen. Die Nettokreditaufnahme der Treuhandanstalt beträgt 1990 4,3 Mrd. DM, 1991 19,9 Mrd. DM und 1992 30 Mrd. DM.

Der Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes nimmt 1990, 1991 und 1992 keine Kredite auf.

2. Wie hoch waren die Gewinnabführungen der Deutschen Bundesbank 1989, 1990 und 1991, und welcher Betrag wird für 1992 erwartet?

Die Gewinnabführungen der Deutschen Bundesbahn an den Bund betragen in den Jahren 1989 10,0 Mrd. DM, 1990 10,0 Mrd. DM und 1991 8,3 Mrd. DM. Davon wurden in 1989 5 Mrd. DM und in 1990 und 1991 jeweils 7 Mrd. DM für die Haushaltsfinanzierung verwendet. Die restlichen Beträge, in drei Jahren also insgesamt 9,3 Mrd. DM, wurden für die Tilgung fälliger Schulden genutzt.

Im Haushaltsplan für 1992 sind 7 Mrd. DM an Bundesbankgewinn für die Haushaltsfinanzierung veranschlagt. Darüber hinaus-

gehende Abführungen werden wie in den Vorjahren zur Schuldentilgung verwendet. Über die tatsächliche Höhe der Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank in diesem Jahr können noch keine genauen Angaben gemacht werden. Es ist allerdings damit zu rechnen, daß sie deutlich über den im Bundeshaushalt veranschlagten 7 Mrd. DM liegen wird.

3. Wie hoch war die Nettokreditaufnahme unter Frage 1 (öffentlicher Gesamthaushalt ohne sowie mit Ausgleichsfonds, Bahn, Post und Treuhandanstalt) in Prozent des Bruttosozialprodukts 1990 und 1991?

Wie sind – soweit verfügbar – die entsprechenden Quoten für die USA, Japan und die EG-Mitgliedstaaten?

Die Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts betrug – bezogen auf das Bruttosozialprodukt – im Jahr 1990 3,7 v. H. und im Jahr 1991 4,5 v. H. Beide Werte sind nur bedingt vergleichbar, da 1990 zwar das Defizit des übergeleiteten DDR-Haushalts enthalten ist; hingegen weist die amtliche Statistik für das gesamte Jahr 1990 kein Bruttosozialprodukt für das vereinte Deutschland aus, so daß die Nettokreditaufnahme auf das Bruttosozialprodukt der alten Bundesländer bezogen werden mußte.

Die Nettokreditaufnahmen der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Bundespost hatten in den Jahren 1990 und 1991 zusammengekommen Anteile von 0,3 und 0,6 v. H. am Bruttosozialprodukt.

Die entsprechenden Werte für die Nettokreditaufnahmen der Treuhandanstalt betrugen 1990 0,2 v. H. und 1991 0,7 v. H.

Internationale Vergleiche sind nur für die Finanzierungsdefizite nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung möglich, da nur diese Rechenwerke internationalen Konventionen unterliegen, die eine Vergleichbarkeit gewährleisten. Hierzu gehört auch, daß der staatliche Sektor nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung keine Unternehmen enthält. Wohl aber enthalten die im folgenden dargestellten Quoten die Finanzen der Sozialversicherungsträger. Es ist weiter darauf hinzuweisen, daß der öffentliche Gesamthaushalt im Unterschied zum staatlichen Sektor der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Nettodarlehensgewährungen enthält, die nach der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Nettoerwerb von Forderungen anzusehen und daher der Finanzierungsrechnung zuzuordnen sind.

Die folgende Übersicht weist Angaben für vierzehn Länder aus. Keines dieser Länder hatte – im Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland – in den ausgewiesenen Jahren eine Veränderung des Gebietsstandes und der Bevölkerung bzw. eine hierdurch bedingte Zunahme der öffentlichen Aufgaben und Ausgaben zu verzeichnen. Gleichwohl haben 1991 nicht mehr als sieben Länder einen niedrigeren Anteil des staatlichen Finanzierungsdefizits am Bruttosozialprodukt beziehungsweise am Bruttoinlandsprodukt als die Bundesrepublik Deutschland.

Land	Anteil am BSP/BIP in v. H. ¹⁾	
	1990	1991
Bundesrepublik Deutschland	– 1,9	– 3,0
Belgien	– 5,5	– 5,7
Dänemark	– 1,6	– 1,7
Frankreich	– 1,7	– 1,7
Griechenland	– 20,2	– 17,9
Großbritannien und Nordirland	– 0,7	– 2,1
Irland	– 2,3	– 2,7
Italien	– 10,7	– 10,1
Luxemburg	+ 4,8	+ 2,0
Niederlande	– 5,3	– 3,5
Portugal ²⁾	– 5,4	– 6,4
Spanien	– 4,0	– 3,9
USA ³⁾	– 2,4	– 2,7
Japan	+ 2,7	+ 2,3

Quelle: OECD, Economic Outlook Nr. 50, Dezember 1991; für Bundesrepublik Deutschland nationale Unterlagen.

¹⁾ In Abgrenzung der VGR (einschl. Sozialversicherung) außer USA, Großbritannien, Nordirland und Griechenland, deren Daten auf nationalen Methoden beruhen.

²⁾ OECD, Länderbericht 1991.

³⁾ Ohne Kapitalaufnahme der Resolution Trust Corporation (RTC).

4. Wie hoch waren beim Bund die zum Jahresanfang aus dem Vorjahr übertragenen nicht ausgeschöpften Kreditermächtigungen früherer Jahre?

Die unausgeschöpften Kreditermächtigungen des Bundes aus früheren Jahren betrugen am Jahresanfang 1992 insgesamt 45,3 Mrd. DM. Davon hat der Bundesminister der Finanzen 20 Mrd. DM in Abgang gestellt, so daß als weitergeltende Kreditermächtigung aus früheren Jahren im Sinne von § 18 Abs. 3 Bundeshaushaltsordnung für das Haushaltsjahr 1992 ein Betrag von 25,3 Mrd. DM verbleibt.

5. Wie hoch war Ende 1990 und Ende 1991 nach derzeitigem Kenntnisstand der Bundesregierung der Schuldenstand der einzelnen in Frage 1 genannten Institutionen sowie der staatlichen Wohnungswirtschaft (Ost), und wie schätzt die Bundesregierung die entsprechenden Werte für Ende 1992?

Der Schuldenstand der zum öffentlichen Gesamthaushalt zu rechnenden Institutionen (vergleiche Antwort zu Frage 1) ergibt sich nach derzeitigem Kenntnisstand aus beigefügter Übersicht. Auf die in der Antwort zu Frage 1 gegebenen Hinweise wird aufmerksam gemacht.

Die Schulden der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Bundespost betragen

	1990	1991	1992
	– Mrd. DM –		
Deutsche Bundesbahn	47,0	39,1	45,4
Deutsche Reichsbahn	3,2	5,4	8,7
Deutsche Bundespost	71,0	81,5	101,1.

Die Finanzschulden der Treuhandanstalt (einschl. übernommener Altschulden) werden für 1990 mit 96 Mrd. DM, für 1991 mit 116 Mrd. DM und 1992 mit 146 Mrd. DM beziffert.

Die Schulden des Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes betragen 1990 4,3 Mrd. DM, 1991 4,1 Mrd. DM und 1992 3,8 Mrd. DM.

Die wohnungswirtschaftlichen Unternehmen der früheren Deutschen Demokratischen Republik (VEB Kommunale Wohnungsverwaltungen, VEB Gebäudewirtschaften sowie die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften und die gemeinnützigen Genossenschaften) haben bis zum 30. Juni 1990 für den Wohnungsbau Kredite aufgenommen. Außerdem wurden ihnen für den Bau gesellschaftlicher Einrichtungen wie z. B. Schulen, Kindergärten und Sporteinrichtungen Kredite durch die Banken gewährt. Die Kreditbelastung für den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau betrug per 1. Juli 1990 36,1 Mrd. DM. Die Banken haben der Wohnungswirtschaft ein bis 31. Dezember 1993 befristetes Moratorium für die Kreditverpflichtungen des Wohnungsbaus angeboten. Durch dieses Moratorium werden die fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gestundet. Die Kreditverpflichtungen der wohnungswirtschaftlichen Unternehmen haben sich bedingt dadurch wie folgt verändert:

31. Dezember 1990: 38,5 Mrd. DM Kreditverpflichtungen,
31. Dezember 1991: 42,3 Mrd. DM Kreditverpflichtungen.

Bei Annahme durchschnittlicher Marktzinsen von rund 10 v. H. könnte für die folgenden Jahre von folgender Entwicklung der Schulden ausgegangen werden:

31. Dezember 1992: 46,7 Mrd. DM Kreditverpflichtungen,
31. Dezember 1993: 51,5 Mrd. DM Kreditverpflichtungen.

6. Wie hoch waren die Zinsausgaben der in Frage 1 genannten Institutionen in den Jahren 1990 und 1991 nach derzeitigem Kenntnisstand der Bundesregierung, und um wieviel werden sie angesichts der für 1992 geplanten bzw. geschätzten Nettokreditaufnahme in diesem Jahr steigen?

Die Zinsausgaben der zum öffentlichen Gesamthaushalt zu rechnenden Institutionen (vergleiche Antwort zu Frage 1) ergeben sich nach derzeitigem Kenntnisstand aus beigefügter Übersicht. Auf die Anmerkungen in der Antwort zu Frage 1 wird aufmerksam gemacht. Darüber hinaus ergeben sich schon 1991, mehr noch für 1992, besondere Schätzunsicherheiten daraus, daß die Höhe der Zinsausgaben nicht nur durch den jeweiligen Schuldenstand, sondern auch durch die Struktur der Schulden und durch die jeweiligen Zinssätze beeinflusst wird.

Die Zinsausgaben der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Bundespost betragen

	1990	1991	1992
	– Mrd. DM –		
Deutsche Bundesbahn	3,4	2,9	3,5
Deutsche Reichsbahn	0,3	0,6	1,1
Deutsche Bundespost	4,9	5,1	6,1.

Die Zinsausgaben der Treuhandanstalt werden für 1990 mit 4,5 Mrd. DM, für 1991 mit 9,9 Mrd. DM und für 1992 mit 11,5 Mrd. DM beziffert.

Die Zinsausgaben des Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes betragen 1990 0,1 Mrd. DM, 1991 0,2 Mrd. DM und 1992 0,2 Mrd. DM.

7. Wie hoch ist die Zinsquote im Bundeshaushalt und im öffentlichen Gesamthaushalt 1990 und 1991?

Die Zinsquote im Bundeshaushalt betrug 1990 9,0 v. H. und 1991 9,9 v. H.; für den öffentlichen Gesamthaushalt betrug der entsprechende Wert 1990 7,9 v. H. und für 1991 schätzungsweise 8 v. H.

8. Wie hoch sind die infolge des Moratoriums für die staatliche Wohnungswirtschaft (Ost) in den Jahren 1990, 1991, 1992 und 1993 jeweils gestundeten Zinsen?

Wie hoch wird die Verschuldung der staatlichen Wohnungswirtschaft (Ost) Ende 1993 einschließlich der dann aufgelaufenen gestundeten Zinsen sein?

Für das Kreditvolumen des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus der früheren Deutschen Demokratischen Republik in Höhe von 36,1 Mrd. DM per 1. Juli 1990 sind Zinsen in folgender Höhe aufgelaufen:

1990: 2,4 Mrd. DM Zinsen,

1991: 3,9 Mrd. DM Zinsen.

Bei Annahme eines durchschnittlichen Marktzinssatzes von rund 10 v. H. werden die Zinsen 1992 zirka 4,3 Mrd. DM und 1993 zirka 4,8 Mrd. DM betragen.

Es ist somit davon auszugehen, daß die Gesamtschulden von 36,1 Mrd. DM durch die gestundeten Zinsen im Zeitraum bis 31. Dezember 1993 auf einen Betrag in Höhe von 51,5 Mrd. DM anwachsen werden.

Durch die Privatisierung von kommunalen Wohnungen im Beitrittsgebiet können sich diese Gesamtschulden vermindern.

9. Wie ist das Finanzergebnis der einzelnen Sozialversicherungszweige – untergliedert nach West und Ost – 1990 und 1991, und welches Ergebnis wird für 1992 erwartet?

Die Finanzierungssalden der Sozialversicherung in Westdeutschland betragen laut Statistischem Bundesamt in Mrd. DM:

	1990	1991
Rentenversicherung	10,4	10,9
Krankenversicherung	6,0	-4,1
Arbeitslosenversicherung ¹⁾	0,5	6,0
Unfallversicherung	2,6	2,6
Zusatzversorgung d.ö.D.	1,3	1,8
Landwirtsch. Alterskassen	0,3	0,4
insgesamt	21,0	17,5

¹⁾ Einschließlich Ost.

Für die jungen Bundesländer sind bisher in vergleichbarer Abgrenzung vom Statistischen Bundesamt keine Zahlen veröffentlicht worden. Nach vorläufigen Berechnungen waren die Finanzen der Sozialversicherungsträger in den jungen Bundesländern (nach Transfers) weitgehend ausgeglichen.

Nach der letzten verfügbaren Prognose der Bundesregierung für die Sozialversicherung vom Herbst 1991 wurde für 1992 ein Defizit von -12 Mrd. DM erwartet (West -11,7), zu deren Finanzierung Rücklagen herangezogen werden können. Davon entfielen auf die Rentenversicherung West -4,1 Mrd. DM (Ost 0,0), auf die Krankenversicherung West -5,5 Mrd. DM (Ost -0,5), auf die Arbeitslosenversicherung West -4,9 Mrd. DM (Ost 0,0), auf die Unfallversicherung ein Überschuß von +2,0 Mrd. DM, auf die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst von +0,7 Mrd. DM und auf die Landwirtschaftlichen Alterskassen von +0,2 Mrd. DM.

10. Wie hoch waren die Beitragssätze in den einzelnen Sozialversicherungszweigen 1982, 1989, 1990 und 1991?

Wie hoch sind die für 1992 festgelegten bzw. von der Bundesregierung erwarteten Beitragssätze?

Die Beitragssätze der Arbeitnehmer zur Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten betrugen in vom Hundert des Bruttoarbeitsentgeltes 1982 9,0 v. H., 1989 (bis März 1991) 9,35 v. H. und ab April 1991 8,85 v. H. In der Knappschaftlichen Rentenversicherung lauteten diese Werte 8,75 v. H. (1982 bis März 1991) und 8,85 v. H. (ab April 1991); in der Krankenversicherung West 1982 6,0 v. H., 1989 6,45 v. H., 1990 6,27 v. H., 1991 6,1 v. H. und in den neuen Ländern 6,4 v. H., bei der Bundesanstalt für Arbeit 1982 2,0 v. H., 1989 bis März 1991 2,15 v. H. und ab April 1991 3,4 v. H. Für die Arbeitgeberbeiträge gelten die gleichen Sätze mit Ausnahme der Knappschaftlichen Rentenversicherung.

1992 betragen die Beitragssätze für Arbeitnehmer in der Rentenversicherung 8,85 v. H. und in der Arbeitslosenversicherung 3,15 v. H. Für die Arbeitgeberbeiträge gelten die gleichen Sätze, mit Ausnahme der Knappschaftlichen Rentenversicherung. Bei der Krankenversicherung wurde zum 1. Januar 1992 für Arbeitgeber und Arbeitnehmer insgesamt ein Beitragssatz von 12,46 v. H. im Westen und 12,72 v. H. im Osten festgestellt.

11. Um wieviel wären die Sozialversicherungsbeiträge in den einzelnen Zweigen 1992 niedriger, wenn die Beitragssätze von 1982 auch 1992 noch gelten würden?

Würden die gleichen Beitragssätze wie 1982 gelten, dann würden gemäß Modellrechnungen des BMA die Beiträge um rund 24,5 Mrd. DM niedriger ausfallen (West). Im einzelnen wären sie bei der Rentenversicherung um 2,7 Mrd. DM höher, bei der Krankenversicherung um 4,3 Mrd. DM und bei der Arbeitslosenversicherung um 22,9 Mrd. DM niedriger.

12. Wie hoch waren 1990 und 1991 die private Ersparnis und das Kapitalmarktaufkommen insgesamt, wie hoch war der Kapitalexport bzw. -import, und welcher Anteil an der privaten Ersparnis bzw. am Kapitalmarktaufkommen wurde durch die Kreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushaltes sowie des öffentlichen Gesamthaushaltes einschließlich Bahn, Post und Treuhandanstalt beansprucht?

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die entsprechenden Werte für 1992?

Die private Ersparnis betrug laut Angaben der Deutschen Bundesbank im Jahr 1990 224,6 Mrd. DM und im Jahr 1991 235,7 Mrd. DM. Das Kapitalmarktaufkommen – d. h. die Summe der Geldvermögensbildung der inländischen nicht-finanziellen Sektoren und des Auslands – betrug nach der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank im Jahr 1990 619,3 Mrd. DM. Die entsprechenden Zahlen für 1991 liegen noch nicht vor. Der Kapitalexport (brutto) betrug im Jahr 1990 179,6 Mrd. DM und im Jahr 1991 92,4 Mrd. DM. Der Kapitalimport belief sich im Jahr 1990 auf 85,1 Mrd. DM und im Jahr 1991 auf 111,6 Mrd. DM. Die Kreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts in kapitalmarktmäßiger Abgrenzung in Höhe von 110,6 Mrd. DM im Jahr 1990 (1991: 99,4 Mrd. DM) belief sich daher auf rund 17,8 v. H. des Kapitalmarktaufkommens; für Bahn, Post und Treuhandanstalt, die dem Unternehmenssektor zuzuordnen sind, ergibt sich ein Anteil von 2,2 v. H. Eine isolierte statistische Gegenüberstellung zwischen öffentlicher Kreditaufnahme einerseits und privater Ersparnis andererseits ist nicht aussagekräftig.

Die Bundesregierung nimmt keine Vorausschätzung der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme vor. Deshalb sind keine quantitativen Angaben für das voraussichtliche Kapitalmarktaufkommen und den Kapitalexport beziehungsweise -import im Jahr 1992 möglich. Der Anteil der öffentlichen Kreditaufnahme am Kapitalmarktaufkommen 1992 ist daher ebenfalls nicht quantifizierbar.

Übersicht: Nettokreditaufnahme, Schuldenstand
und Zinsausgaben der öffentlichen Haushalte¹⁾

	1990	1991	1992
	Mrd. DM		
Bund			
Nettokreditaufnahme	46,7	52,0	45,3
Schuldenstand	542,2	585½	620½
Zinsausgaben	34,2	39,6	44,7
Länder (West)			
Nettokreditaufnahme	18,2	16½	19
Schuldenstand	326,4	343	362
Zinsausgaben	21,8	23½	25
Gemeinden (West)			
Nettokreditaufnahme	2,9	6	5½
Schuldenstand	114,4	120½	126
Zinsausgaben	7,7	8	8½
Länder (Ost)			
Nettokreditaufnahme	–	9½	15
Schuldenstand	–	9½	24
Zinsausgaben	–	½	1
Gemeinden (Ost)			
Nettokreditaufnahme	–	5	5
Schuldenstand ²⁾	–	5½	10½
Zinsausgaben	–	0	½
ERP			
Nettokreditaufnahme	2,2	6,9	10,2
Schuldenstand	9,5	16,4	26
Zinsausgaben	0,5	0,8	1,8
Fonds „Deutsche Einheit“			
Nettokreditaufnahme	20,0	31,0	24,0
Schuldenstand	20,0	51,0	75,0
Zinsausgaben	–	2,1	4,6
Kreditabwicklungsfonds			
Nettokreditaufnahme	–	– 0,6	0,7
Schuldenstand	28,3	28,6	– ³⁾
Zinsausgaben	–	2,3	16
Öffentlicher Gesamthaushalt			
Nettokreditaufnahme	90,0	126	124½
in v. H. des BSP	3,7	4,5	4,1
Schuldenstand ⁴⁾	1 049,8	1 169	1 273
Zinsausgaben	64,2	77	102

¹⁾ Inlands- und Auslandsverschuldung; ohne Schulden der Gebietskörperschaften untereinander.

²⁾ Ohne Verschuldung des ehemaligen volkseigenen Wohnungsbaus.

³⁾ Ohne derzeit noch nicht bezifferbare Ausgleichsforderungen mit 29 Mrd. DM unterstellt.

⁴⁾ Einschließlich Zweckverbände.

